

Entschließungsantrag

der Abgeordneten Anja Hajduk, Alexander Bonde, Anna Lührmann, Kerstin Andreae, Birgitt Bender, Monika Lazar, Jerzy Montag, Christine Scheel, Irmingard Schewe-Gerigk, Dr. Gerhard Schick, Silke Stokar von Neuforn, Dr. Harald Terpe, Josef Philip Winkler und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

**zu der dritten Beratung des Gesetzentwurfs der Bundesregierung
– Drucksachen 16/6000, 16/6002, 16/6406, 16/6423 –**

**Entwurf eines Gesetzes über die Feststellung des Bundeshaushaltsplans
für das Haushaltsjahr 2008 (Haushaltsgesetz 2008)**

hier: Einzelplan 06

Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern

Der Bundestag wolle beschließen:

Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Die finanziellen Mittel für die Förderung der Integrationskurse von Zuwanderern, die Förderung der Migrationserstberatung für Zuwanderer und die Förderung von Maßnahmen zur Integration von Ausländern wird um weitere 63 Mio. Euro erhöht.

Berlin, den 27. November 2007

Renate Künast, Fritz Kuhn und Fraktion

Begründung

Wenn die Zusagen der Bundesregierung beim Nationalen Integrationsplan nicht nur leere Worte sein sollen, muss die Bundesregierung die im Regierungsentwurf veranschlagten Mittel deutlich erhöhen, um die qualifizierte Sprachförderung von sowohl Neuzuwanderinnen und Neuzuwanderern als auch für bereits in Deutschland lebende Ausländerinnen und Ausländer zu gewährleisten. Alle Teilnehmerinnen und Teilnehmer von Sprachkursen des Zuwanderungsgesetzes müssen die Chance erhalten, nach ihren individuellen Möglichkeiten, die für die

Erteilung einer Niederlassungserlaubnis erforderlichen ausreichenden Deutschkenntnisse zu erwerben.

Die mit dem Zuwanderungsgesetz geschaffenen Integrationskurse haben sich dabei als zentrales Instrument der Integrationspolitik grundsätzlich bewährt. Das Gutachten der Firma Rambøll zeigt aber auch Defizite und dringenden Verbesserungsbedarf auf. Die Empfehlungen der Evaluation will die Bundesregierung offenbar nur teilweise bzw. auf geringstem Niveau umsetzen. Eine substantielle Qualitätsverbesserung ist damit nicht zu erwarten.

Deshalb besteht zusätzlicher Finanzbedarf, denn ohne ausreichende Sprachkenntnisse kann die Integration von Neuzuwanderinnen und Neuzuwanderern nicht gelingen.